

Antrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) an den Bundesparteitag der CDU

Der Bundesparteitag der CDU möge beschließen:

„Der CDU-Bundesparteitag spricht sich für eine maßgeschneiderte privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei und gegen die Aufnahme als Voll-Mitglied der Europäischen Union aus.“

Begründung:

Die EU kann im Hinblick auf die kürzliche EU-Osterweiterung den Beitritt eines Landes von der Größe (ca. 70 Millionen Einwohner) und der mangelnden Wirtschaftskraft (ca. 22 % des EU-Durchschnitts) der Türkei nicht verkraften. Allein schon wegen der schwierigen Einbindung der zehn neu aufgenommenen EU-Staaten braucht die EU eine dauerhafte Phase der Konsolidierung und Vertiefung. Sowohl im Hinblick auf die Wahrung der wirtschaftlichen bzw. finanziellen als auch der gesamtpolitischen Handlungsfähigkeit der EU ist ein Beitritt der Türkei von vornherein nicht realistisch.

Es gibt aber noch andere gewichtige Hinderungsgründe für eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei, die nicht vergessen werden dürfen: Die kulturellen, gesellschaftlichen, religiösen und politischen Entwicklungen in der Türkei stehen mit denjenigen der EU nicht im Einklang. In der Umsetzung beispielsweise der Minderheitenrechte und der Religionsfreiheit (Christen), der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit sowie der Frauenrechte erfüllt die Türkei gegenwärtig in keiner Weise auch nur die Beitrittskriterien der Europäischen Union. Angesichts der Tatsache, dass sich die EU selbst unumkehrbar auf dem Weg zu einer schicksalhaften Wertegemeinschaft entwickelt, kommt eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei im klassischen Sinne nicht in Betracht.

Als Alternative zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union bietet sich deshalb für die Türkei eine auf die Bedürfnisse beider Seiten abgestimmte maßgeschneiderte Partnerschaft an.